

Die Tribüne

Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!

Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Eine Auslegeordnung zur EFAS-Vorlage von Toni Bortoluzzi Seite 2	Kanton Zürich Unliebsame grüne Themen im Vordergrund von René Isler Seite 3	Aktuell Windkraftanlagen: Widerstand formiert sich von Roland Müller Seite 4–5	Parlamentsgemeinden Was ist unsere Demokratie noch wert? von Michele Romagnolo Seite 6	Veranstaltungs-Tipp Sessionsrapport in Zumikon am Cheminéeefeuer Seite 8
--	--	---	---	---

FEINDBILD-BEWIRTSCHAFTUNG MIT EINER DETAIL-NEUFORMULIERUNG

JA zur Mietrechtsrevision betreffend Eigenbedarf

Vor neun Jahren hatte die «Stiftung für Altersgerechtes Wohnen» in einer Zürcher Agglomerationsgemeinde einem jungen Ehepaar eine Einliegerwohnung vermietet, die eigentlich für Mitarbeiter des Wohnheims errichtet worden war. Mittlerweile sind die drei Kinder in der Gemeinde eingeschult, aber die Eigentümerin benötigt diese Wohnung für ein neues Mitarbeiterpaar, das ihrem Zweck, «alten Leuten als Wohn- und Verpflegungsstätte zur Verfügung zu stehen», dienen soll. Die gemeinnützige Organisation macht also «Eigengebrauch» geltend.

Dieser Sachverhalt spielt sich momentan im Zürcher Unterland ab. Vermieter haben das Recht, Mietverhältnisse von Häusern, Wohnungen und Geschäftsräumlichkeiten mit einer Eigenbedarfskündigung aufzulösen, wenn sie das Mietobjekt selbst oder für nahe Verwandte nutzen wollen.

Klare Regelungen bei Eigenbedarf
Der Begriff «Eigenbedarf» wird heute von den Gerichten sehr restriktiv ausgelegt. Das ist die Kritik, die eine breite Parlamentsmehrheit zu dieser ganz kleinen Änderung des Obligationenrechts bewogen hat. Neu sollen die Voraussetzungen dafür leicht gelockert werden: Ersetzt wird die Formulierung «dringender Eigenbedarf» durch «bei objektiver Beurteilung bedeutender und aktueller Eigenbedarf» in einer einzigen Norm des Obligationenrechts, den die Gerichte anders als bisher auslegen sollen.



Barbara Steinemann
Nationalrätin SVP
Watt-Regensdorf

Diese juristische Nuance wäre eigentlich nicht der Rede wert, wenn nicht der Mieterverband, flankiert von den linken Parteien und den Gewerkschaften, mit dem schwersten Geschütz, den unsere direkte Demokratie zu bieten hat, aufgefahren wäre: dem Referendum.

Es ist eines von zwei Referenden gegen Kleinstrevisionen im Mietrecht, über die wir am 24. November an der Urne

«Diese Revision betrifft auch Geschäftsmieten und ist daher wichtig für KMU.»

befinden. Die andere Revision betrifft die genauere Regelung der Untermiete. Beide Kampagnen laufen unter dem Titel «Einfacher rauswerfen, um Mieten zu erhöhen?». Weil diese Revision nur das Verfahren vor Gericht betrifft, kann auch kein Eigentümer unter falschem Vorwand eine Kündigung aussprechen, um eine Miete zu erzielen, die man auch nicht erhöhen kann, wie der Mieterverband reisserisch anprangert; denn dort stellt ein Richter fest, ob die Begründung des Eigenbedarfs wahr und plausibel ist. Stellt sich bei

der Schlichtungsverhandlung heraus, dass der Eigenbedarf nur vorgeschoben ist, ist sie missbräuchlich und die Kündigung nichtig.

Recht auf Nutzung des Eigentums bewahren

Wer ein vermietetes Einfamilienhaus in der Absicht erwirbt, dieses selbst zu bewohnen, wer seiner betagten Mutter eine Parterre-Wohnung verschaffen oder wer als Gewerbler in der neu gekauften Liegenschaft seine Geschäftstätigkeit ausüben will, soll nicht jahrelang warten müssen.

Schliesslich schützt unsere Bundesverfassung das Eigentum der Bürger. Das Recht zur Erstreckung des Mietverhältnisses wird nicht angetastet, Härtefälle bleiben auch mit dieser Revision möglich. Der Schutz der Interessen der Mieterinnen und Mieter ist also weiterhin gewährleistet.

In mehr als der Hälfte der Schlichtungsfälle können sich die Mietparteien einigen, sodass es gar nicht erst zu einem Gerichtsverfahren kommt. Und wie viele Fälle und Gerichtsfälle diese Revision betrifft, steht in den Sternen, denn die Zahl der geltend gemachten Prozesse um den Eigenbedarf wird nicht statistisch erhoben. Auch dies deutet



Die meisten Schweizer sind Mieter, von einem Eigenbedarf bedroht dürften aber nur jene sein, die ein Einfamilienhaus oder eine spezielle Wohnung bewohnen oder gewerblich zur Miete sind.

Bild: Barbara Steinemann

darauf hin, dass es sich um eine Nichtigkeit handelt.

Deutliche Verhältnisse im Parlament

Mit diesem Referendum sollten Mieter gegen Hauseigentümer ausgespielt werden. Die Revision fiel ins Wahljahr, und mit dem Feindbild Vermieter und linken Schlagworten haben SP, Grüne, Gewerkschaften und der Mieterverband neue

Themen gefunden. Ihr Kampf gilt dem Fernziel der Verstaatlichung des Immobilienmarktes, und diese zwei Kleinstrevisionen sollen schon einmal die Stimmung ausloten.

Hinter dieser Vorlage steht der Bundesrat und eine klare Mehrheit aus SVP, FDP, Mitte und Grünliberalen, entsprechend fiel im Nationalrat das Ergebnis mit 123 Ja zu 72 Nein, im Ständerat mit 33 zu 11, aus.

Ein Fall von Eigengebrauch machte Anfang 2023 schweizweit Schlagzeilen: Die Zürcher Gemeinde Seegräben ist Eigentümerin einer grossen Wohnung, die ein langjähriger Mieter bewohnt hatte. Im Zuge des Asylchaos sah sich auch Seegräben mit immer mehr Asylmigranten konfrontiert, die sie unterzubringen hatte. Als letzte Massnahme musste sie dem Schweizer kündigen, um ihren Verwaltungsaufgaben nachkommen zu können, sprich Platz für Asylanten zu schaffen. Es sind also nicht immer die klassischen Fronten aus dem Klassenkampf-Bilderbuch der Linken.

✓ gegen Missbrauch
✓ für faire Regeln

2xJA zum Mietrecht
mehr-wohnraum.ch
am 24. November

GOAL GLOSSAR

Rhetorik

Rhetorik
<griech.> rhetorike (die Redekunst)

Reden ist keine Kunst! So zu reden, dass man verstanden wird, aber schon! Dazu muss man wissen, was man sagen will und wie man es sagen muss. Wir helfen Ihnen mit praxisnahen Rhetorikkursen und Übungen vor der Kamera!

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg



Christoph Mörgeli

Triumph eines Vielgeschmähten

Die SVP hat bei den kantonalen Wahlen im Aargau abgeräumt. Sie eroberte im 140-köpfigen Grossrat fünf zusätzliche Mandate und ist jetzt mit 48 Sitzen mehr als doppelt so stark wie die zweitplatzierte SPIJUSO-Fraktion. Denn die Volkspartei steigerte sich im bevölkerungsmässig viertgrössten Schweizer Kanton um 3,6 Prozent auf fast 34 Stimmenprozente. Den zweiten SVP-Sitz im fünfköpfigen Aargauer Regierungsrat eroberte Nationalrätin Martina Bircher. Die Aarburger Sozialvorsterherin und Vize-Stadtpräsidentin war im Grunde die erste Kandidatin ihrer Partei für einen Regierungsratssitz, die sich noch nicht einmal im Wahlkampf abmühte, das Bild einer Hardcore-SVP-Vertreterin abzustreifen – um sich als gefällige «Überparteiliche» zu verkaufen. Sie hat bewiesen: Martina Birchers Sozial- und Asylpolitik ist im Aargau mehrheitsfähig. Die Aargauer SVP hat das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. Dieser Triumph trägt einen Namen. Nämlich den des Parteipräsidenten, Nationalrat Andreas Glarner. Der 20. Oktober 2024 war Glarners grösster Tag. Ohne sich nach vorne zu drängen, hat er im Wahlkampf seine Arbeit erledigt. Was haben sich die anderen Politiker und die Journalisten nicht schon an diesem Vielgeschmähten die Schuhe abgeputzt. Selbst in seiner SVP wurde es Mode, über ihn und seinen Stil die Nase zu rümpfen. Nun wollen alle zu den Siegern gehören. Hätte die SVP verloren, wäre Glarner die alleinige Schuld zugeschoben worden. Jetzt beißen die Medien vor Wut in den Teppich. Radio SRF wusste nichts Besseres, als lauthals über den minimen Rückgang des weiblichen Anteils im Parlament zu jammern. Eher verschämt nahmen die SRF-Feministen zur Kenntnis, dass mit Martina Bircher wieder eine Frau in den zuvor rein männlichen Regierungsrat eingezogen ist. Auf Tele M1 setzte Mark Balsiger, der unbedarfteste aller akademischen Politologen, den SVP-Erfolg mit jenem der Grünen vor vier Jahren gleich. Wie wenn sich Anteilgewinne einer Grosspartei mit jenen einer Kleinpartei vergleichen liessen. Dummheit ist das einzige Fach, das sich nicht studieren lässt.

FÜR EIN GESUNDES GESUNDHEITSWESEN

Eine Auslegeordnung zur Abstimmung vom 24. November

Die einheitliche Finanzierung von Gesundheitsleistungen (EFAS) ist der zweite Schritt zu einer wirtschaftlich orientierten Leistungserbringung in der Versorgung der Bevölkerung.

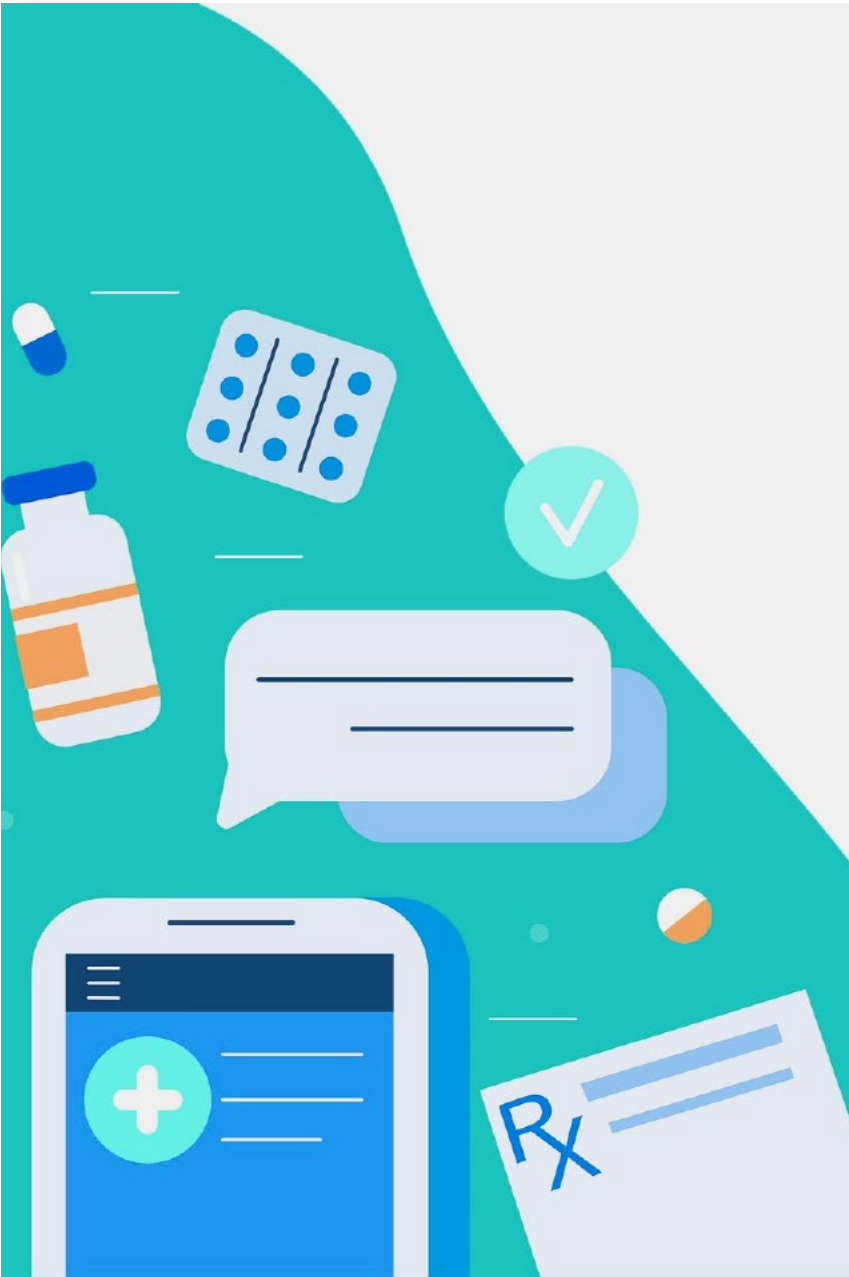


Toni Bortoluzzi
Alt Nationalrat SVP
Affoltern am Albis

Ein erster Schritt wurde im Jahr 2012 mit der Einführung einer geänderten Finanzierung stationärer Einrichtungen getan. Die damals gültige Abgeltung von Spitalleistungen bestand erstens aus einer Tagespauschale, hälftig von Krankenkassen und Kanton bezahlt, und zweitens aus dem Ende Jahr errechneten und von Gemeinden und Kanton zu deckendem Defizit. Investitionen und Erneuerungen der Spitäler wurden in gesonderten Volksabstimmungen entschieden und über den öffentlichen Haushalt, wiederum von Kanton und Gemeinden, bezahlt und abgeschrieben.

Vom Staatsbetrieb zum privaten Unternehmen

Seit 2012 gilt eine leistungsbezogene Finanzierung. Das heisst, die erbrachte Leistung im Spital wird mit einem betriebswirtschaftlich notwendigen Preis versehen. Damit ist es der erste Schritt bei der stationären Versorgung: vom Staatsbetrieb zum privaten Unternehmen. Wenn auch Spitäler Eigentum von Gemeinden und Kanton geblieben sind, ihr Betrieb hat nach privatwirtschaftlichen Kriterien zu erfolgen. Das Resultat, ein eigentlicher Kraftakt, hielt in der Spitallandschaft Einzug. Der wirtschaftliche Druck nahm zu und die Zeit, alles an Leistungen anzubieten, nahm abrupt ein Ende. Es gab Spitäler, die den schmerzlichen Prozess schnell in Angriff genommen haben und heute wirtschaftlich und qualitativ auf Kurs sind. Sie haben sich auf ihre Stärken und an der wirtschaftlich sinnvollen Nachfrage orientiert. Andere, so hat man den Eindruck, trauern auch 12 Jahre nach der Einführung der leistungsbezogenen Spitalfinanzierung der guten alten Ordnung nach und haben



Mit EFAS geht es um eine Finanzierung, die eine effiziente und qualitativ optimale Versorgung begünstigt. Bild: Pixabay

den Erneuerungsprozess verschlafen. Das Resultat sind Millionendefizite verbunden mit der Gefahr von Schliessungen oder Konkursen. Die neue Finanzierung von 2012 und die seit dieser Zeit gleichzeitige medizinische Entwicklung hat zu einem stark verminderten Aufenthalt pro Pa-

tient im Spital geführt. So dürfte die Verweildauer generell zwei Tage oder eher kürzer sein. Dazu kommen Eingriffe, die heute ambulant durchgeführt werden und früher einen Spitalaufenthalt von zwei bis drei Tagen notwendig gemacht haben. Es sind Gründe für wirtschaftliche Probleme einzelner Spi-

täler aufgrund unternehmerischer Fehlbeurteilungen.

Einheitliche Finanzierung von Gesundheitsleistungen

Mit der aktuell zur Abstimmung vorliegenden einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen sowie der Langzeitpflege geht es vor allem darum, die bisherigen Schnittstellen mit unterschiedlicher Finanzierung zu beseitigen. Die damit verbundenen Interessenkonflikte sind nicht zum Nutzen der Versicherten und Patienten. «Wer bezahlt, befiehlt» sollte bei der Versorgung von Patienten keinen Einfluss haben. Das ist die bedeutendste Neuerung, die der Vorlage zugrunde liegt. Ob sich nun die geänderte Finanzierung auf die Zahlstellen auswirkt, mehr oder weniger Prämie oder über Steuern, wird aufgrund der Komplexität niemand genau sagen können. Die Berechnungen gehen von einer mehr oder weniger gleichbleibenden Belastung aus. Nach Annahme der Vorlage jedenfalls ist aufgrund der gesetzlich festgelegten Anteile von 26,9 Prozent Kantone und 73,1 Prozent Prämie in Zukunft von stabilen Verhältnissen auszugehen. Anpassungen, die sich aufgrund der erbrachten Leistungen ergeben. Ob sich diese grundsätzlich verändern, liegt nicht im Einflussbereich dieser Vorlage.

Kantonale Eigenständigkeit bleibt gewährt

Mit EFAS geht es um eine Finanzierung, die eine effiziente und qualitativ optimale Versorgung begünstigt. Mit der klaren Festlegung der Kostenanteile besteht in Zukunft, nach einer schrittweisen Einführung, auch die Möglichkeit, auf kantonaler Ebene die Kostenanteile Prämie und Kanton zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Die Kantone bleiben eigenständige Prämienregionen und werden mit EFAS direktdemokratisch gestärkt. Ein positiver Nebeneffekt, dem bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Ein weiterer Grund, der Vorlage EFAS die Zustimmung zu geben.

ERFOLGE BEI REGIERUNGS- UND PARLAMENTSWAHLEN

Formhoch der SVP im Aargau

Nationalrätin und Sozialpolitikerin Martina Bircher schafft den Sprung in den Regierungsrat. Bei den Grossratswahlen legte die SVP gleich um 5 Sitze zu. Grüne und Grünliberale verloren stark.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

rw. Klare Politik ohne Scheuklappen zählt sich aus. Dies ist das Fazit der Wahlen im Aargau. Man nennt die Probleme beim Namen – zum Beispiel die Asylmisere. Gleichzeitig merkt die Stimmbewölkerung langsam, dass Grüne und Grünliberale nur neue Probleme schaffen.

Bürgerliche Dominanz

Die SVP erobert im Grossen Rat 5 Sitze dazu. In ihrem Schlepptau gewinnen auch die Freisinnigen und die EDU je 1 Sitz. Die SP und die Mitte behalten je ihre Sitzzahl. Die Grünen verlieren 4, die Grünliberalen 2 Sitze. Auch die EVP muss 1 Sitz abgeben. Damit steht die Mehrheit im 140-köpfigen Aargauer Parlament wieder auf mitte-rechts und die SP profitiert überhaupt nicht von den grünen Verlusten.

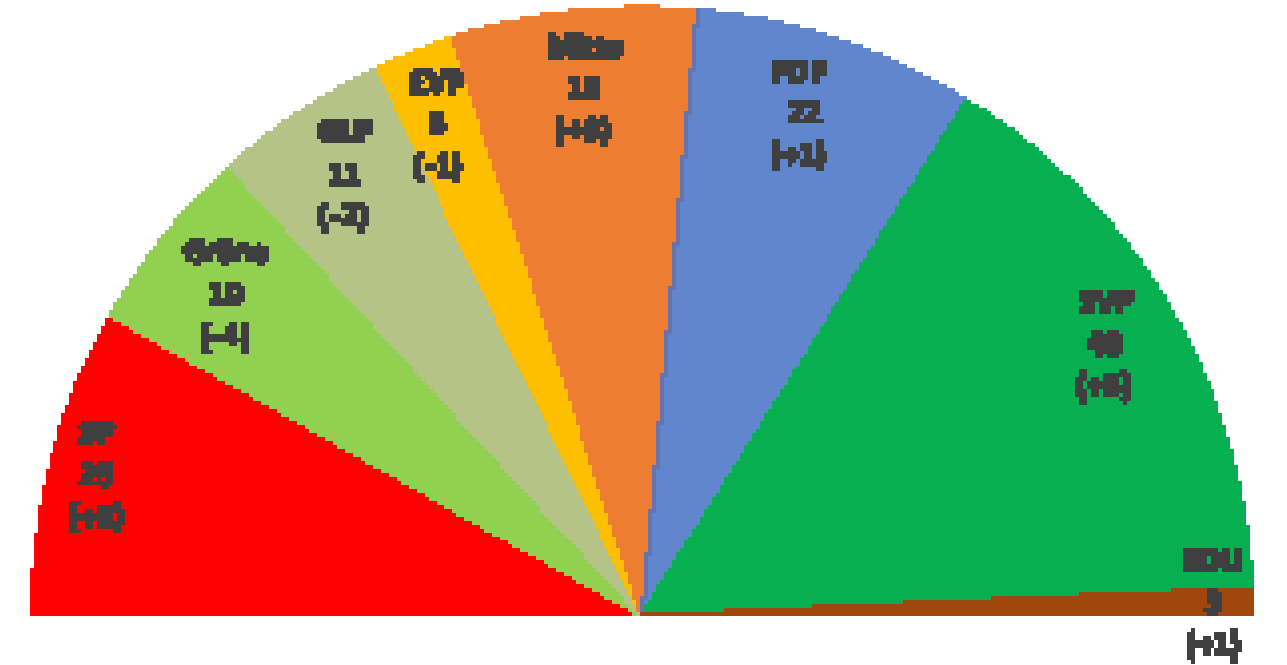
Birchers Triumph

Die bisherige SVP-Nationalrätin und schweizweit bekannte Sozialpolitikerin Martina Bircher schaffte mühelos den Sprung in die Aargauer Regierung. Sie

ist dort jetzt die einzige Frau. Der Tagesanzeiger sprach ihr einen «sackgroben Kurs gegenüber Asylsuchenden und Sozialhilfebedürftigen» zu. Solch wüste Beschimpfungen prallen allerdings an ihr ab. Sie zeigt stets unaufgeregt die akuten Probleme bei der Asylpolitik und Zuwanderung auf.

Grüne Bevormundungspolitik Interessanterweise wird der Kanton Aargau wieder bürgerlicher, obwohl er sich immer mehr verstädtert. Es ist eine Wende eingetreten, die vor allem mit dem ungelösten Problem der Zuwanderung, aber auch mit der grünen Bevormundungspolitik zu tun hat. Die Grünen haben ihre Wahlerfolge mit dem

sogenannten Klimawandel gehabt. Sie konnten sie weitgehend nicht nutzen. Wohlverstanden: Die SVP feiert ihre grossen Erfolge unter Parteipräsident Andreas Glarner. Der Nationalrat zeigt immer klare Kante, kann aber eben auch eine grosse Partei intelligent führen. Das muss das Erfolgsrezept der SVP sein: Kein Kuschen vor den Medien, sondern ein stetes Vorantreiben und Bearbeiten der wichtigen Themen.



Die SVP legte zu und bleibt die stärkste Kraft im Aargauer Grossrat.

Bild: SVP Kanton Zürich

AUS DEM KANTONS RAT

Grüne Themen an einem grauen Montagmorgen

Die ersten Traktanden nach den Herbstferien standen klar unter den unliebsamen Geschäften des grünen Baudirektors.



René Isler
Kantonsrat SVP
Winterthur

Mit Blick auf die Beschlüsse des Kantonsrates über die beiden Fristerstreckungen zu den Motionen KR-Nr. 267/2020 – Das Potenzial einheimischer Solarenergie besser nutzen und KR-Nr. 268/2020 – Ausbau und Förderung der dezentralen Stromspeicherinfrastruktur brachte unsere Referentin, Sandra Bossert, es auf den Punkt, als sie meinte, dass Motionen eine Umsetzungsfrist von zwei Jahren besitzen. Und diese Fristen seien einzuhalten und nicht auf die lange Bank zu schieben. Es sei auffallend, wie der grüne Baudirektor andere Themen sehr rasch angehe, wenn es nach seinem ideologischen Gusto geht. Namentlich bei der Energiegesetzanpassung zu den Windkraftanlagen hat er seinem Lieblingsthema alles untergeordnet. Es sei auch augenscheinlich, dass viele Fristerstreckungen seitens der Baudirektion zu verzeichnen sind. Das hat nichts mit «zu wenig Kapazitäten» zu tun, sondern ist klarer Ausdruck dessen, dass der grüne Vorsteher der Baudirektion seine eigenen Prioritäten setzt. Als einzige Fraktion lehnte schliesslich die SVP/EDU-Fraktion beide Fristerstreckungen ab, jedoch ohne Erfolg.

SVP-Antrag führt zum Erfolg

Bei der Parlamentarischen Initiative 229/2020 – Vögel und Glas – ja, Sie haben richtig gelesen, Vögel und Glas – verlangten die Initianten vom Regierungsrat nichts anderes, als dass das Planungs- und Baugesetz so ergänzt werden müsse, dass bei Neu- und Umbauten Fenster, Fassaden und Glasflächen so zu gestalten seien, dass Vögel solche Glasflächen als Hindernisse wahrneh-



Insbesondere bei Windkraftanlagen verfolgt der Zürcher Baudirektor eine eigene Agenda. Bild: FLZH

men können. Unser Referent, Peter Schick, meinte sachlich, dass die SVP/EDU-Fraktion nochmals über die Bücher gegangen sei und einen Kompromissantrag eingebracht habe, wonach bei der Gestaltung von Fassaden sowie Glas- und Fensterflächen von Neubauten gebührend Rücksicht auf den Vogelschutz zu nehmen sei. Dieser Antrag sei auch zugleich der Kommissionsmehrheitsantrag. Dieser lasse sich auch leichter in den Gemeinden umsetzen. Mit der nun vorliegenden Gesetzesanpassung im Planungs- und Baugesetz werde dem Schutz von Vögeln genug Rechnung getragen. Es ist für die SVP/EDU-Fraktion auch immer wichtig gewesen, dass das Gesetz nicht weiter administrativ und mit gesetzlichen Vorschriften unverhältnismässig aufgebläht wird. Deshalb hat die Fraktion diesem moderaten Kommissionsantrag zugestimmt. Die Anpassungen und Änderungen im Planungs- und Baugesetz wurden schliesslich grossmehrheitlich angenommen.

Gefährliches Energiegesetz

Zu einem wahren ideologischen Gefecht gearb sich sodann die Debatte um die Änderung des Energiegesetzes bezüglich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel. Ueli Bamert zeig-

te sich in seinem Votum äussert klar, bissig und angriffig, als er meinte, dass die vorgeschlagenen Artikel nur so vor Unverbindlichkeiten und frommen Wünschen strotzen. Selbst der grüne Energiedirektor und seine Vasallen mussten in der Kommission zugeben, dass die Gesetzesänderungen grösstenteils nicht justiziabel sind. So seien für die Wirtschaft und die Bevölkerung keine konkreten Vorschriften oder Verbote in der Vorlage enthalten. Die Änderungen würden grösstenteils den kantons-eigenen Gebäude- und Fahrzeugpark treffen. Das Gesetz sei so gesehen zahnlos und weitgehend ideologische Symbolpolitik. Dennoch ist es auch gefährlich, denn es würde der Verwaltung und der Politik die Rechtfertigung für weitere Verschärfungen im Klimaschutzbereich liefern. Die SVP-Deputation hat mehrere Änderungsanträge eingereicht, um das Gesetz einerseits noch weiter zu «entschärfen» und andererseits überflüssige und redundante Artikel zu streichen. Trotz diesen Minderheitsanträgen stellte die SVP/EDU-Fraktion, zusammen mit der FDP-Fraktion, Antrag auf Nicht-eintreten. Betreffend des weiteren Verlaufs dieser streitsüchtigen und grün-gefärbten Debatte verweise ich hier gerne auf den Kommentar von Ueli Bamert.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Heisse Luft und hehre Ziele



Ueli Bamert
Kantonsrat SVP
Zürich

Wir kennen es mittlerweile zur Genüge: Die Linke ist sehr gut darin, in der Klimapolitik hehre Ziele zu setzen und fromme Wünsche zu äussern. Wenn es aber darum geht, der Bevölkerung harte Massnahmen für konkreten Klimaschutz vorzuschlagen, schaut meistens nicht viel dabei heraus.

So auch am vergangenen Montag im Kantonsrat: Mit einer Änderung des kantonalen Energiegesetzes will Regierungsrat Martin Neukom (Grüne) den Kanton Zürich endgültig auf den Weg «Netto-Null-2050» bringen. Die Artikel, die er zur Erreichung dieses Ziels vorschlägt, strotzen allerdings nur so vor Unverbindlichkeit: «Der Kanton und die Gemeinden sorgen dafür ...», «Sie können Massnahmen fördern ...», «Der Kanton und die Gemeinden streben an, dass ...» – die Liste liesse sich beliebig fortsetzen.

Viel Lärm ohne Inhalt

Wie erwartet, viel heisse Luft und wenig Fleisch am Knochen. Dennoch lehnt die SVP die Vorlage ab: Obwohl weitgehend zahnlos, würde das geänderte Energiegesetz den Bürokraten in der Verwaltung nur zusätzliche Rechtfertigung liefern, die Bevölkerung und die Wirtschaft in Sachen Klimaschutz mit noch mehr Vor-

schriften und Verboten zu schikanieren. In puncto Klimaziele musste sich Martin Neukom am Montag allerdings von einer breiten Koalition von AL bis zur Mitte links überholen lassen: Ginge es nach der Mehrheit im Kantonsrat, soll im Kanton Zürich nicht erst bis 2050, sondern bereits in 15 Jahren, nämlich bis 2040, kein fossiles CO₂ mehr ausgestossen werden – Netto-Null-2040.

Was das bedeuten würde, rief ich der Gegenseite deutlich in Erinnerung: Bis in 15 Jahren müsste jede Gas- oder Ölheizung im Kanton Zürich herausgerissen und verschrottet werden. Auch dürfte bis in 15 Jahren kein einziges Fahrzeug mit Benzin- oder Dieselmotor mehr auf den Zürcher Strassen unterwegs sein. Und selbstverständlich müsste auch die Industrie im Kanton Zürich bis im Jahr 2040 ihren Energiebedarf vollständig mit erneuerbarem Strom decken.

Surreale Vorschläge bekämpfen

Wie bereits gesagt: Wie all dies erreicht werden soll, davon war am Montag von linker Seite nichts zu hören. Lieber beschränkte man sich darauf, nach dem Prinzip Hoffnung eine nichtssagende Zahl ins Gesetz zu schreiben. Für die SVP ist klar: Netto-Null-2040 ist inakzeptabel. Sollte dieses Klimaziel auch am Ende der Beratung noch im Gesetz stehen, werden wir ernsthaft ein Referendum prüfen. Vielleicht schaffen die Linken es ja dann, ihren Wählerinnen und Wählern zu erzählen, wie Netto-Null in nur 15 Jahren erreicht werden soll.



Auch Dampfschifffahrten auf dem Zürichsee wären betroffen. Bild: Wikimedia

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Die Zeit gab uns Recht

Die SVP ist die einzige Partei, die in zentralen Fragen schlussendlich recht behält. Immer wieder haben wir vor falschen Entscheidungen gewarnt, die von anderen Parteien ignoriert wurden. Heute zeigt sich: Die Zeit hat uns recht gegeben. Sogar die FDP übernimmt inzwischen unsere Positionen. Dies zeigt sich in verschiedenen politischen Bereichen, bei denen die SVP von Anfang an den richtigen Weg eingeschlagen hat.

Stärkung der autonomen Verteidigungsfähigkeit

Während andere Parteien nach dem Kalten Krieg von einem dauerhaften Frieden in Europa ausgingen, hat die SVP gewarnt: Eine starke Armee ist unerlässlich. Der Frieden in Europa ist eine Illusion und die Welt unsicherer denn je. Nun wird klar, dass wir mit unseren Forderungen nach einer einsatzfähigen Schweizer Armee recht hatten. Doch erneut drängen andere Parteien auf engere Kooperationen mit NATO und EU. Die SVP fordert hingegen den Wiederaufbau der «Festung Schweiz»: Eine starke und unabhängige Verteidigung ist entscheidend. Internationale Bündnisse können nicht die Verantwortung für unsere Sicherheit übernehmen.

Auch in der Energiesicherheit zeigt sich, dass die SVP recht hatte. Bereits 2017 lehnten wir die Energiestrategie 2050 ab, da sie die Versorgungssicherheit der Schweiz gefährdet. Selbst die FDP erkennt inzwischen, dass es ohne

Kernkraftwerke nicht geht. Die SVP warnte frühzeitig vor den Folgen des Ausstiegs. Hoffen wir, dass die FDP uns nicht ein weiteres Mal im Stich lässt, wenn wir im Kantonsrat über die Mitbestimmung der Standortgemeinden bei Windkraftanlagen entscheiden. Die linken Parteien, allen voran die Grünen, wollen den Kanton Zürich mit Windkraftanlagen verschandeln, die nicht einmal den Strombedarf der Zuwanderung decken würden.

Zickzackkurs der anderen Parteien

Im Asylwesen war die SVP die einzige Partei, die für klare Regeln und den Schutz unserer Heimat plädierte. Wir betonten immer, dass nur eine strikte Asylpolitik das Chaos im Land beenden kann. Heute sehen wir die Folgen: überfüllte Schulklassen, in denen mehrheitlich Deutsch nur noch Zweitsprache ist, und eine überlastete Infrastruktur. Unsere Grenzschutz-Initiative ist die beste Antwort auf diese Probleme. Illegale Migration muss an der Grenze gestoppt werden.

In der Zuwanderungspolitik ist es nicht anders. Seit Jahren warnt die SVP vor den Folgen der unkontrollierten Personenfreizügigkeit mit der EU. Jedes Jahr kommen über 80 000 Personen in die Schweiz. Diese Menschen benötigen Arbeitsplätze, Wohnungen, Schulen und medizinische Versorgung. Jetzt erkennen auch FDP und Mitte, dass das System überlastet ist, und sprechen von einer Schutzklausel. Doch anstatt halber Lösungen sollte der Verfassungs-

artikel zur Masseneinwanderungsinitiative endlich umgesetzt werden.

Auch bei der integrativen Schule zeigt sich, dass die SVP von Anfang an richtig lag. Als das Modell eingeführt wurde, warnten wir, dass es nicht funktionieren kann. Kinder mit besonderen Bedürfnissen in regulären Klassen zu unterrichten, überlastet Lehrer und Schüler. Die FDP unterstützte das Modell damals. Heute, Jahre später, fordern sie zusammen mit der GLP die Umkehr der integrativen Schule.

Nur die SVP gewinnt

Ich bin stolz, Teil einer Partei zu sein, die zu ihren Überzeugungen steht, auch wenn sie unpopulär sind. Doch die Zeit gibt uns immer recht, wie wir in den genannten Punkten sehen. Der «Tages-Anzeiger» titelte zu Recht: «Nur die SVP gewinnt». Die letzten kantonalen Wahlen haben gezeigt, dass die SVP zulegen konnte, während andere Parteien – SP, FDP, Grüne und GLP – an Boden verlieren. Die Bürgerinnen und Bürger sehen, dass die SVP die Interessen des Landes und seiner Bevölkerung verlässlich vertritt.



von Tobias Weidmann

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



SRF-ARENA ZUM EU-VERTRAG

Ständerätin Tiana Moser «glänzt» mit Floskeln

Letzten Freitag fand die Arena zum Thema «EU-Vertrag» statt. Die Zusammensetzung der Runde war zwar einseitig. Nationalrat Thomas Matter stand drei Protagonisten des Vertrages gegenüber, doch das schadete nicht. Thomas Matter brillierte durch solides Wissen und Persönlichkeit. Dies im Gegensatz zur Zürcher Ständerätin Tiana Moser (GLP), die mit Floskeln um sich warf und offensichtlich falschen Tatsachen operierte. Sie war die klar Schwächste der Runde. Von einer Ständerätin des Kantons Zürich dürfte man anderes erwarten. Ein Beispiel möge ihr Nichtwissen aufzeigen.



Prof. Dr. Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Die Schweiz war immer der Schiedsgerichtsbarkeit verpflichtet. Wegen ihrer Unabhängigkeit erwarb sich unser Land in politischen Fragen weltweit ein grosses Ansehen. Im Zuge dieses hohen Ansehens entwickelte sich bei uns die zivile Schiedsgerichtsbarkeit, Zürich und Genf wurden gesuchte Schiedsplätze. Dies ist nicht nur wirtschaftlich von Bedeutung, sondern auch eine Anerkennung für unsere Justiz im weiteren Sinne. Dies wegen unserer weltweiten Unabhängigkeit.

Gänzlich losgelöst von diesem Wissen faselte Frau Ständerätin Tiana Moser in der Arena, der EU-Vertrag diene dem Nutzen der Schweiz in allen Belangen. Kurz darauf kam in der Arena die Sprache auf die Gerichtsbarkeit. Kein Problem, liess Ständerätin Moser verlauten. Dies offensichtlich ohne Kenntnis der Materie.

Ein Beispiel

Nun liegt per Zufall ein Entscheid des Zürcher Obergerichts, der kürzlich erging, vor mir. Ich musste diesen prüfen, ob er in einer Fachzeitschrift, zu deren Redaktion ich gehöre, publiziert werden soll. Und dieser Fall zeigt auf, was wir dank unserer unabhängigen Rechtsordnung den Rechtssuchenden offerieren können. Im betreffenden Fall geht es zwar noch nicht um die (Haupt-)Sache, doch um eine entscheidende Vorfrage dazu. Folgendes: Vor vielen Jahren schloss eine Firma aus einem EU-Staat mit einem schweizerischen Gewerbebetrieb einen Vertrag. Nun kam es zu Streitigkeiten, nachdem jahrelang die gegenseitige Geschäftstätigkeit problemlos verlief. Für den Fall allenfalls künftiger Streitigkeiten hatte man glücklicherweise vor Jahren ein Schiedsgericht vereinbart, als dessen Sitz wurde Zürich bestimmt. Damit war für den Streitfall eine rasche Entscheidung vorgesehen und es konnte auch eine Fortführung der Geschäftstätigkeit sichergestellt werden. Im vorliegenden Fall wurde von beiden Parteien ein Schiedsrichter ernannt. Doch über den Obmann (Präsidenten) des Schiedsgerichts konnte man sich nicht einig.

Was war zu tun? Beide Parteien wollten doch aus wirtschaftlichen Gründen



In unbekümmerter Weise und ohne jede Sachkunde gab Frau Ständerätin Tiana Moser in der Arena ihre Erkenntnis preis.
Bild: SRF

einen raschen Entscheid. Für diesen nicht seltenen Fall sieht das schweizerische Zivilprozessrecht eine kulanter Lösung vor. Jeder Kanton soll eine Instanz bezeichnen, die einen Obmann bestimmt. In Zürich ist dies die Verwaltungskommission des Obergerichts. Diese entschied rasch und ernannte einen schweizerischen Fachmann als Obmann des Schiedsgerichtes. Dieses kann nun die Streitsache unter bewährter schweizerischer Führung rasch entscheiden. Die gegenseitige Geschäftstätigkeit kann weitergehen, im wirtschaftlichen Interesse.

Wie wäre es nach EU-Vertragsrecht?

Würden wir Frau Ständerätin Moser folgen, wäre Folgendes zu erwarten: Der EU-Gerichtshof oder ein EU-Organ würde den Obmann des Schiedsgerichtes bestimmen. Die Erfahrung lehrt: sicher nicht rasch. Es würde jemand, der auf irgendwelcher EU-Liste steht, als Obmann des Schiedsgerichtes ernannt; die Hauptsache ist die Liste und nicht die massgeschneiderte Auslese des Obmannes des Schiedsgerichts. Die Liste wird nur Leute aus EU-Staaten enthal-

ten, denn die Unabhängigkeit ist nicht gefragt; dies ist jedoch entscheidend. Es sollten ausserdem die Raschheit und die wirtschaftlichen Gesichtspunkte die gehörige Beachtung finden. Dies ist aber nach allgemeiner Erfahrung kaum zu erwarten.

Was ist die Meinung von Ständerätin Moser?

In unbekümmerter Weise und ohne jede Sachkunde gab Frau Ständerätin Tiana Moser in der Arena ihre Erkenntnis preis; eine Bejahung des EU-Vertrages diene dem Land und es sei nichts Weiteres zu hinterfragen. Sie folgt damit blindlings der Meinung gewisser Wirtschaftsverbände. Denken diese nachhaltig? Sind sich diese bewusst, dass obiger Fall über kurz oder lang auch ihre Mitglieder treffen kann? Sind sie sich bewusst, was ein «JA» zum EU-Vertrag für die schweizerische Wirtschaft auf Dauer bedeutet? Denken ist nämlich noch nicht verboten, nicht einmal in der EU.

Trost bietet, dass immer mehr echt verantwortungsvolle Wirtschaftsführer vor einer Zustimmung zu einem Unterwerfungsvertrag warnen.

WARUM SCHEITERN LÄNDER? WARUM SIND ANDERE ERFOLGREICH?

Wirtschafts-Nobelpreis 2024 stützt SVP-Politik

Entscheidend für den Erfolg eines Landes sind die demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen. Was die SVP seit jeher politisch vertritt, hat mit dem aktuellen Nobelpreis ein wissenschaftliches Fundament erhalten.



Martin Bürlimann
Alt Gemeinderat SVP
Wettingen AG

In unserer Schulzeit lernten wir aus Büchern, dass Bodenschätze und ein Hafen für ein Land wichtig seien. Ein Land habe Vorteile in der Entwicklung, wenn die geografische Lage besser ist als jene der Nachbarländer oder wenn es einen Meerzugang hat. Ebenso sei der Stand der Technologie wichtig. Es stellt sich die Frage, warum sich die Sowjetunion nicht besser entwickelt hat als Amerika? Schliesslich gab es in den 1950er-Jahren den Sputnik, die Sowjets besaßen unerschöpfliche Ressourcen, hatten hervorragende Ingenieure und Meerzugang. Dennoch scheiterte das System an der Realität. Der armenischstämmige Professor Daron Acemoglu untersuchte diese Frage und kam zum Schluss, dass nebst Häfen und Bodenschätzen andere Faktoren für die Entwicklung eines Landes entscheidend sein müssen.

Sein Buch «Warum Nationen scheitern» erschien 2012 und war ein Bestseller. Im 600-Seiten-Wälzer beschreibt der Ökonom Erfolge und Scheitern von Staaten und Volkswirtschaften. Er untersucht Staaten und Orte, die ähnlich sind, sich aber komplett unterschiedlich entwickelten. So liegt beispielsweise die Kleinstadt Nogales zur Hälfte in Mexiko und in Arizona, zerschnitten durch die amerikanisch-mexikanische Grenze. Bodenschätze oder die geografische Lage sind identisch, dennoch geht es dem amerikanischen Teil wesentlich besser als dem mexikanischen. Der Professor kommt zum Schluss, dass der Erfolg eines Staates oder eines Gebietes nicht von technischen Faktoren abhängt, sondern von den sogenannten Institutionen. Für diese Erkenntnis und umfangreiche Forschung dazu wurde ihm nun zusammen mit zwei Wissenschaftskollegen der Nobelpreis verliehen.

Institutionen sind entscheidend
Institutionen sind gesellschaftliche Regeln. Politische Ausgestaltung, Eigen-

tumsordnung, Rechtsstaat oder demokratische Mitspracherechte sind wichtige Institutionen. Sie erklären, weshalb ein Land scheitert oder nicht. Der erwähnte Stadtteil in Mexiko ist in desolatem Zustand und die Menschen sind mausarm. Nogales in den USA entwickelt sich leidlich. Sind die Mexikaner alle faul und dumm? Natürlich nicht, aber sie haben schlechte Institutionen. Der Staat kann das Eigentum nicht garantieren, die Kriminalität ist verheerend. Fleiss lohnt sich nicht, weil man mit diesem Risiko leben muss. Und was nicht gestohlen wird, knöpft einem der Staat mit horrenden Steuersätzen ab. Wozu soll man sich anstrengen?

Autokratien, Diktaturen und schlechte politische Gebilde sind verantwortlich für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zerfall, nicht die Lage oder die Bodenschätze. Sonst müsste es den Menschen in Kuba, Zimbabwe oder Nigeria glänzend gehen.

SVP ist gut unterwegs

Aus ebendiesen Gründen entwickeln sich die meisten Wirtschaftsdaten in der Schweiz besser als in den Nachbarländern und der EU. Auch hier sind effizientere Institutionen die Ursache. Der Grad der demokratischen Mitsprache ist in der Schweiz höher als in den Nachbarländern.

«Arbeit muss sich lohnen», steht im SVP-Parteiprogramm, ebenso «keine institutionelle Einbindung in die EU». Dafür wird der Partei oft Populismus vorgeworfen. Die Kritiker sind eingeladen, sich mit dem aktuellen Nobelpreis zu befassen: Dieser unterstützt die SVP-Politik vollumfänglich.



Stabile demokratische Institutionen haben wesentlich zum Erfolg unseres Landes beigetragen.
Bild: Pixabay

Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook

www.facebook.com/svpzuerich

Parteistammtisch SVP Greifensee

Restaurant Krone Greifensee - Im grünen Sali

Unser Gast:
Nationalrat Benjamin Fscher

Wann?
Samstag, 16. November 2024
Referat: ca. 14.00 Uhr

Referat:
«Abstimmung vom 24. November»

Anmeldung SVP Greifensee:
Präsident Haese Frey
haese.frey@bluewin.ch oder 079 277 55 55

Alle sind herzlich willkommen!

Raclette - Essen

Samstag, 9. November 2024, ab 18.00 Uhr

Schützenhaus Hagenbuch
(zwischen Oberschneit und Hagenbuch)

Programm

ab 18.00 Uhr	Empfang und Apéro
19.00 Uhr	Begrüssung Rolf Sturzenegger, Präsident SVP Hagenbuch-Schneit
19.15 Uhr	Referat von

SVP - Nationalrat Mauro Tuena

ca. 19.45 Uhr	Raclette à discrétion mit Beilagen und Dessert
Kosten:	Apéro, Raclette à discrétion und Dessert: CHF 30.00 (exkl. Getränke)
Anmeldeschluss:	Samstag, 2. November 2024
Anmeldung:	Mit Bekanntgabe der Anzahl Personen an: Rolf Sturzenegger, Schulackerstr. 2a, 8523 Hagenbuch 079 201 53 58 / rolfsturzenegger@hispeed.ch (Teilnehmerzahl ist auf 40 Personen beschränkt)

Alle sind herzlich willkommen, auch nicht SVP-Mitglieder. Der Vorstand der SVP Hagenbuch-Schneit freut sich auf Ihren Besuch und einen gemütlichen Abend.

VOM WEINLAND ZUM WINDLAND?

Widerstand gegen die geplanten Windkraftanlagen im Weinland

Im Zürcher Weinland sollen bis zu neun Standorte mit bis zu 37 Windrädern gebaut werden. Der Widerstand wird nun immer breiter, wie erste Rückmeldungen bezüglich der Einsprachen aus verschiedenen Kreisen zeigen.



Die Windräder Verenafohren im benachbarten deutschen Wiechs am Randen, hier aus Sicht Feuerthalen, sind rund 20 Meter kleiner als die im Zürcher Weinland geplanten Windräder. Bild: RoMü

RoMü. Die Zürcher Baudirektion will im 166,63 Quadratkilometer grossen Zürcher Weinland mit seinen 32 600 Einwohnern mit der grossen Kelle die Energiewende mit bis zu 9 Windparks mit maximal 37 Windrädern mit einer Grösse von je 220 Meter umsetzen. Das würde heissen, dass pro 450 Hektaren eine Windkraftanlage zu stehen kommt. Aktuell läuft bis Ende Oktober noch die Anhörung und öffentliche Auflage betreffend die Teilrevision im kantonalen Richtplan. Verschiedenste Kreise wie auch die SVP und viele Privatpersonen machen dabei von diesem Rechtsmittel Gebrauch und haben ihre Einwendungen mit verschiedensten Begründungen verfasst. Von den kantonsweit erfassten 52 Potenzialgebieten liegen deren neun mit maximal 37 Windkraftanlagen ganz oder teilweise im Bezirk Andelfingen. Während der Standort «Bergholz» in Marthalen vorerst noch auf die lange Bank geschoben ist, sind als beantragte Potenzialgebiete Kohlfirst, Stammerberg, Kleinandelfingen, Schwerzenberg (Dorf), Bergbuck (Dorf, Henggart, Andelfingen), Ossingen (Oberholz) Thalheim und Dägerlen bestimmt worden.

Massiv beeinträchtigt Landschaftsbild

Das Weinland weist eine eher flache, leicht hügelige Struktur auf, doch diese ist höhenmässig eher gering. Der tiefste Punkt im Zürcher Weinland liegt auf dem Gemeindegebiet Berg am Irchel auf 343 m ü. M. und der höchste Punkt ist auf dem Irchel in der Gemeinde Buch mit 695 m ü. M. zu finden, welcher auch südlich das Weinland abgrenzt. Im Nordosten befindet sich der höchste Punkt auf Stammerberg mit 630 m ü. M. und im Norden mit dem Kohlfirst auf 580 m ü. M. Konkret heisst dies, dass der geplante Windpark auf

dem Stammerberg mit den bis zu acht 220 Meter hohen Windrädern so massiv das Plateau überragen würde, dass diese beispielsweise die Burg «Hohenklingen» in Stein am Rhein um bis zu über 200 Meter überträffen. Doch auch bei den möglichen tiefer gelegenen Potenzialgebieten «Schwerzenberg» oder «Bergbuck» werden die Anlagen sogar den angrenzenden Irchel um bis 50 bis 100 Meter überragen.

Zugleich machen sich die Bewohner vieler ganzjährig bewohnter Gehöfte oder auch von Dörfern bezüglich des monotonen Lärms und Schattenwurfs gewisse Sorgen. Dies zeigt sich beispielsweise eindrucksvoll beim Potenzialgebiet «Kleinandelfingen». Die generalisierte Perimetergrenze beträgt zu rund einem Dutzend Höfen in den Gemeinden Marthalen, Kleinandelfingen und Ossingen teilweise nur knapp 300 bis 400 Meter. Zugleich liegt auch der bewohnte Dorfrand von Oerlingen in diesem Abstandsbereich. «Es besteht durchaus die Gefahr, dass man beim Bau diese äusserlichen Abgrenzungen ausreizt und diese somit enorme Belastungen auf die direkt betroffenen Einwohner haben», befürchtet beispielsweise der Marthaler SVP-Kantonsrat Paul Mayer. Mit diesen Ängsten ist er nicht allein, wie Reaktionen anderer betroffener Anwohner zeigen.

Strenge Denkmal- und Heimatschutzvorgaben versus Windräder

Das Potenzialgebiet «Stammerberg» grenzt direkt an die ISOS-geschützten Gemeindegebiete von Ober- und Unterstammheim. Bis an den Waldrand gelten dabei strengste Vorschriften, wenn es um das Bauen geht. Baugesuche werden in der Baudirektion auf die sehr strengen Vorgaben aufgrund des Ortsbildschutzes überprüft und bereits kleins-

te Details oftmals nicht bewilligt. Zudem befinden sich auch verschiedenste artenreiche und wertvolle Naturschutzflächen in den entsprechenden Potenzialgebieten, welche durch einen möglichen Bau der Windkraftanlagen und die entsprechenden Zufahrten und Durchleitungen beeinträchtigt oder gar infrage gestellt werden. Zugleich verweisen verschiedene Kreise, auch aus der Landwirtschaft, darauf, dass die Anlagen grösstenteils im Wald realisiert werden. Dies hat zur Folge, dass Ersatzflächen für Aufforstungen und Ausgleichsmassnahmen nur auf bestehendem Kulturland realisiert werden können.

Grundwasservorkommen und historische Wege

Bei den Standorten «Stammerberg», «Cholfirst», «Bergbuck» (Henggart, Dorf, Andelfingen), «Oberholz» (Ossingen, Neunforn) und «Berg» (Dägerlen, Thalheim, Andelfingen) gibt es teilweise sehr grosse Trinkwasservorkommen, wo über drei Dutzend Quellen als Trinkwasser genutzt werden und die sehr strengen Grundwasserschutzzonen entsprechend geschützt sind. Der grösste Teil dieses Quellwassers sichert für über 10 000 Einwohner die Versorgung mit Trinkwasser, welche auch in Zeiten ohne Strom dank dem freien Abfluss ohne Pumpen gewährleistet ist. Weitere Gebiete wie die Potenzialgebiete Kleinandelfingen, Schwerzenberg (Dorf) und Thalheim liegen im Bereich von Gewässerschutzzonen. Zugleich queren zwei historische Verkehrswege von nationaler Bedeutung das Potenzialgebiet «Stammerberg».

Die Gegner befürchten nun, dass die notwendigen massiven baulichen Eingriffe in den Untergrund direkt diese bisher scharf geschützten Wasservorkommen beinträchtigen.

DIE MÄR DES BINNENMARKTZUGANGS

Übung abbrechen



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Die EU bleibt hart und erhöht bei den Verhandlungen über ein Rahmenabkommen den Druck auf die Schweiz. Und sie drückt aufs Tempo, um noch dieses Jahr abzuschliessen. Wir hören aus Brüssel: Wer beim EU Binnenmarkt mitmache, müsse die Regelungen des europäischen Binnenmarktes voll übernehmen. Dabei haben sich Bundesrat und Parlament so festgelegt: «Die Schweiz unterhält mit der EU Beziehungen auf vertraglicher Ebene, insbesondere, um den gegenseitigen Marktzutritt zu erleichtern. Aber die Schweiz ist nicht Mitglied des europäischen Binnenmarktes und hat auch nicht die Absicht, dies zu werden.»

Die Schweiz hat in der Geschichte als Zwangsmitglied von Napoleons Binnenmarkt schlechte Erfahrungen gemacht. Sie wurde gezwungen, die europäische Kontinentalperre und damit Sanktionen zu übernehmen, vor allem

gegen England. Als Folge herrschten hierzulande Armut, Not und Hunger. Heute besteht die EU auf die uneingeschränkte Personenfreizügigkeit. Unser Land hat sämtliche Lasten und Nachteile zu tragen, während die Personenfreizügigkeit den EU-Staaten nützt.

Weiter fordert die EU von der Schweiz regelmässige Kohäsionszahlungen. «Am Gelde hängt, zum Gelde drängt doch alles.» Wenn das eine Zahlung für den freien Zugang zum Binnenmarkt ist, dann müsste die EU der Schweiz für den Marktzutritt noch mehr bezahlen; weil die EU mehr in unser Land importiert als die Schweiz in die EU.

Die Verhandlungen zeigen: Die EU will keine Rücksicht auf unsere Bedürfnisse nehmen, obwohl die Schweiz seit Jahren unter der Massenzuwanderung leidet und das Volk und die Stände 2014 eine klare Begrenzung beschlossen haben.

Die Lösung ist einfach: Wenn die EU hier nicht nachgeben kann, müssen die Schweizer Unterhändler die Übung einfach abbrechen und auf das Abkommen verzichten. Es geht eben auch ohne!



Auf Kollisionskurs: Die Verhandlungen mit der EU sind zum Scheitern verdammt. Bild: Adobe Stock



Besichtigung Kommandoposten der Grenzbrigade 6: KP Bergbuck

In unserer Nachbargemeinde Dorf befindet sich der Bunker, viele haben diesen Namen sicher bereits einmal gehört, können sich aber nichts darunter vorstellen. Wir werden eine exklusive Führung, durch eine Fachperson, geniessen und sicher das eine oder andere darüber erfahren. Mit einem feinen, individuellen Nachtessen im Restaurant Sonne lassen wir den Abend gemütlich ausklingen.

Wann:	15. November 2024
Abfahrt:	17.30 Uhr Besammlung auf dem Parkplatz bei der Irchel-Halle Fahrt mit den Privat-Autos (wir werden Fahrgemeinschaften bilden)
Ende:	Individuell
Kosten	Fr. 20.00 für Nichtmitglieder der SVP Buch am Irchel Fr. 10.00 für Mitglieder der SVP Buch am Irchel
Anmeldung an:	Sandra Rinderknecht, Mobile 079 629 95 42 oder via Mail gr@angst-gmbh.ch (bitte melden ob mit oder ohne Nachtessen im Restaurant Sonne)
Kleidung:	angemessen, da es im Bunker nur ca. 12 Grad ist
Anmeldeschluss:	10. November 2024

Wir freuen uns auf viele Anmeldungen und einen spanenden und geselligen Abend.

SVP Buch am Irchel



Erfolgreich werben
im «Zürcher Boten»
und «Zürcher Bauern»

Freitag, 01. 11. 2024

Einladung zum Politapéro

Der Vorstand der SVP Kreis 10 lädt Sie zu einem Politapéro ein.

Freuen Sie sich auf eine fesselnde interaktive Diskussion mit Nationalrätin Dr. Nina Fehr Düsel. Moderation Jane Bailey.



Es werden bedeutende Themen wie das Rahmenabkommen, Herausforderungen im Asylwesen sowie spannende Einblicke in die Arbeit des Nationalrats aus der Perspektive von Nina Fehr Düsel besprochen.

Gerne können Sie auch noch ein gutbürgerliches Nachtessen im Restaurant Grünwald geniessen..

- Programm:
- 18:00 – 18:30 Begrüssung und Apéro
 - 18:30 – 19:30 Podiumsdiskussion mit NR Dr. Nina Fehr Düsel mit Fragerunde
 - 19:30 – 22:00 Nachtessen, gemütliches Beisammen

Ort: Restaurant Grünwald
Regensdorfer Strasse 237, 8049 Zürich



SVP Zürich Kreis 10



Fadegrad



von
Manuel Zanoni

Schädliche Profipolitiker

Es ist ein Trauerspiel sondergleichen. Die Ampel-Regierung in Berlin ist faktisch handlungsunfähig. Die Koalitionspartner haben das Heu nicht mehr auf der gleichen Bühne. Wenn sie ehrlich zu sich selbst wären, müssten sie die Regierungskoalition schon längststens beenden. Das werden diese Politiker aber nicht tun, da viele von ihnen karrieretechnisch gar keine Alternative zur Politik haben. Bei Neuwahlen würde der Wähleranteil der Koalitionsparteien ins Bodenlose stürzen und damit würde vielen Politkarrieren ein Ende bereitet. Auf dem Arbeitsmarkt haben sie schlechte Karten. Mit der Ampel-Regierung wurde eine Horde von Berufspolitikern ins Parlament und in die Ministerien geschwemmt. Sogar niedrige Hierarchiestufen wurden von Politikern der Koalitionsparteien besetzt. Einige haben nicht einmal ihre Ausbildung abgeschlossen. Selbst ein Studium ist ohne Arbeitserfahrung wenig wert. So klammern sie sich weiter an die Macht, in der Hoffnung, ihre Politkarriere noch etwas verlängern zu können. Auch im Amt können die Profipolitiker viel Schaden anrichten. Mehr Zeit bedeutet mehr und detailliertere Gesetze. Den fehlenden Bezug zur Arbeitswelt zeigt die immer bürokratischere und wirtschaftsfernere Gesetzgebung in Deutschland. Auch unsere Parlamente in der Schweiz sind von immer mehr Berufspolitikern bevölkert. Viel weiter fortgeschritten ist die Professionalisierung bei uns hingegen in der Justiz. So wurde das Laienrichter-tum an den meisten Gerichten abgeschafft. Für den Normalbürger sei die Rechtsprechung zu kompliziert, ist das meistgehörte Argument. Die Professionalisierung von Politik und Justiz hatte nicht zur Folge, dass die Gesetze oder die Urteile besser geworden sind. Sie werden von der Bevölkerung einfach weniger gut verstanden, denn sie sind weniger lebensnah. Zum Beispiel müssen heutzutage bei Straffällen die Gefängnisstrafen auf Jahr und Tag genau in Excel-Tabellen ausgerechnet werden. Eine scheinbare Genauigkeit und unnötige Verkomplizierung. Auch die Justiz gehört zu den drei politischen Gewalten. Das lernt man bereits in der Oberstufe. Wie die anderen politischen Ämter müsste auch die Justiz für jedermann zugänglich sein, insbesondere in der ersten Instanz. Laien bringen oft eine andere Sichtweise in Politik und Justiz ein. Weniger weltfremde Gesetze und Urteile wären die Folge. Leider sieht die Realität anders aus. Manchmal wäre es ein Fortschritt, das Rad etwas zurück-zudrehen und die Professionalisierung zu reduzieren.

Haben demokratische Entscheidungen noch Wert?

Ist die Stadt Zürich noch demokratisch und werden demokratische Entscheidungen respektiert? Nein – die demokratischen Entscheidungen des Stadtzürcher Parlaments und der Volkswille werden vom Stadtrat ignoriert!



Michele Romagnolo
Gemeinderat SVP
Zürich

Demokratie basiert auf Mehrheiten, aber die Opposition von Minderheiten ist ein Teil davon. Aber warum eigentlich? In der Demokratie sind Entscheidungen von der Mehrheit der Wähler abhängig, bei Wahlen von der Mehrheit der Parlamentarier. Dennoch verspricht die Demokratie, die Minderheiten nicht zu vernachlässigen. Eine Entscheidung, die nur die Mehrheit trifft, kann auch dazu führen, dass Minderheiten unterdrückt werden. Das ist die sogenannte illiberale Demokratie. Manche sprechen auch von der unterdrückenden oder defekten Demokratie. Hier herrscht ein Verständnis, bei dem fast immer der Wille der Mehrheit den Ausschlag gibt. Zum Beispiel sind bei Wahlen oft mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten nicht bereit, ihre Stimme abzugeben. Die unterschiedliche Wahlbeteiligung in einzelnen Wohnquartieren ist nicht zuletzt auf die fortschreitende Uneinigkeit der Demokratie zurückzuführen. Es scheint, dass viele Menschen nicht wählen gehen; dies ist häufig auf eine schlechte Durchsetzung ihrer Versprechungen zurückzuführen. Wie der Stadtrat Plebiszite konsequent missachtet Hier ein paar Beispiele: Nachdem am 3. März 2024 der Gegenvorschlag zu der Anti-Chaoten-Initiative mit 64% angenommen wurde, präsentierte sich



In Zürich werden demokratische Volksentscheidungen immer öfter übergangen.
Bild: Unsplash

die grüne Sicherheitsvorsteherin der Stadt Zürich in einer Nacht-und-Nebel-Aktion mit einem Vorschlag, der alle verärgert hat. Nach dem Willen der Stadtregierung werden künftig Demonstrationen mit bis zu 100 Personen keine Bewilligung mehr benötigen. Das Meldeverfahren wurde unbürokratisch vereinfacht und ist kostenfrei.

Am 3. März 2024 wurde der Gegen-vorschlag zur «Keine goldenen Fallschirme»-Initiative von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen. Die Stadt Zürich hat die Abfindungen für den Stadtrat und Behördenmitglieder neu geregelt. Gemäss dem Willen des Volkes sollten künftig ausschliesslich Stadträte eine Entschädigung erhalten. Die grünen Parlamentarier weigern sich, den Volks-

entscheid umzusetzen und wollen den Behördenmitgliedern weiterhin Abgangsschädigungen zahlen. Die Stipendienvorlage wurde am 22. September 2024 vom Zürcher Stim-m-volk abgelehnt. Dies bedeutet, dass vorläufig Aufgenommene im Kanton Zürich fünf Jahre warten müssen, bevor sie Stipendien beantragen können. Wieder wird der Volkswille nicht umgesetzt, indem Stadtrat Raphael Golta im Al-leingang in der Stadt Zürich vorläufig Aufgenommenen den Zugang zu Sti-pendien ermöglichen will. In einem Interview gibt er an, dass schätzungs-weise 50 Asylsuchende Anrecht auf Stipendien hätten. Die jährlichen Aus-gaben dafür würden sich auf etwa 800 000 Franken belaufen – was die Steuerzahler berappen. In Zürich ist der Lebensstandard sehr teuer. Wir würden es bevorzugen, den Steuerfuss zu reduzieren, statt Steuer-gelder für etwas zu verschwenden, was das Volk nicht will. Es gibt genügend Arme, die ihr Leben lang hier gearbei-tet haben und nicht über die Runden kommen. Zunächst sollten unsere Leute einen Zustupf erhalten und anschlies-send die anderen. Wie ich bereits er-wähnt habe, möchte Herr Stadtrat Ra-phael Golta hoch hinaus und träumt von seinem Amt als Stadtpräsident. Herr Golta, träumen Sie weiter! Wozu überhaupt an die Urne? Es ist tatsächlich so, dass die linksgrün-ten Zürcher Stadträte das machen, was ihnen gefällt, indem sie mehrfach den Volksentscheid missachten und nicht umsetzen! Vielleicht ist es so, dass ei-nige Politiker/-innen selbst das Problem sind. Wenn wir eine ausgeglichene Politik hätten, würden vielleicht mehr Leute abstimmen gehen und andere Entscheidungen getroffen werden. Dies wäre der Zweck des Wahlverfahrens ...

AUS DEM DIETIKER GEMEINDERAT

Notlagen im Stadtparlament

An der letzten Sitzung hatten wir verschiedene Traktanden, unter anderem die dringliche Interpellation betreffend Steuervorlage 17 – Zweiter Schritt. Diese Interpellation wurde nach hinten geschoben, da der zuständige Stadtrat etwas später an die Gemeinderatssitzung kam. Man zog das nächste Traktandum vor, dies war ein Beschlussantrag des Büros des Gemeinderats betreffend Notlage, digitales Parlament.



Konrad Lips
Fraktionspräsident /
Gemeinderat SVP
Dietikon

Und da gab es schon eine kleine Notla-ge. Das Audiosystem im Gemeinderats-saal funktionierte nicht richtig und überschlug die Worte, sodass es einen Antrag zur Unterbrechung der Sitzung gab. Man gab sich Mühe, das Problem zu beheben, aber es gelang nicht, so-dass alle Referenten etwas lauter spre-chen mussten. Durch den Unterbruch von 30 Minu-ten war der Finanzvorstand auch an der Sitzung eingetroffen, woraufhin wir die dringliche Interpellation behan-deln und zum Beschlussantrag kom-men konnten. Dieser wurde zuvor im Büro und schliesslich in der GPK aus-führlich diskutiert. Dort konnten die Einen erklären, wer eine Notlage aus-rufen kann und dass hybride Sitzungen nicht zugelassen sind. So konnte man Auswüchse von der linken Seite bekämpfen. Die Anderen wollten unbed-ingt die hybride Sitzung und kamen mit einem Minderheitsantrag, welcher kläglich scheiterte. Nach über einer Stunde kamen wir dann endlich zur Schlussabstimmung über die Verordnung und Teilrevision der Geschäftsordnung. Diese wurden klar angenommen. Somit sind wir jetzt die erste Stadt im Kanton Zürich, in der auch beim Auftreten einer Notlage getagt werden kann; ausser es ist ein

Blackout, dann geht das mit dem Digi-talen nicht mehr. Weiter wurde uns das Budget 2025 präsentiert. Und schau da, der Stadtrat kann sich zu einer Steuerreduktion von 2% durchringen! Mal schauen, ob die Linken das dem Mittelstand in Dieti-kon gewähren oder ob Sie finden, man solle lieber mehr ausgeben und die Steu-ern nicht senken!

Lokale Tradition bewahren Am Wochenende fand die Sichlete statt! Das ist ein Erntedankfest, welches frü-her von der Trachtengruppe Dietikon organisiert wurde, und das 37 Jahre lang. Im Jahr 2016 wurde ein Träger-verein gegründet, damit dieses traditi-onelle Fest nicht verloren geht. Es ist gelungen, in der immer urba-ner werdenden Stadt ein Stück Traditi-

on zu erhalten. Das Fest war an allen drei Tagen sehr gut besucht, für Unter-haltung sorgten verschiedene Ländler-kappelen. Am Samstag war noch der Einzug der Trychlergruppe Dietikon und auch dies ist Tradition, besucht die Trychlergruppe die Sichlete doch schon seit über 30 Jahren. Das Publi-kum war von Jung bis Alt, denn viele Junge suchen die Wurzeln und fühlen sich an solchen Traditionsanlässen wohl. Und so ist Dietikon am Wochenen-de wieder zum ländlichen Dorf gewor-den!



Bräuche und Traditionen sind der Kitt, der uns zusammenhält.

Bild: zVg

ZUR AUTOBIOGRAPHIE VON KARL SPÜHLER

Vom Dorfbub zum Bundesrichter

Der frühere SVP-Bundesrichter und Universitätsprofessor Karl Spühler hat seine Autobiographie vorgelegt. Das Büchlein dokumentiert Spühlers nimmermüden Einsatz für die Heimat, Recht und Freiheit.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Karl Spühler, Jahrgang 1935, war unter anderem siebzehn Jahre lang Richter am Bundesgericht in Lausanne. Von 1995 bis 2002 war er zudem ordentlicher Professor für Zivilprozess- und Zwangsvollstreckungsrecht sowie Privatrecht an der Universität Zürich. Er erlernte das Juristenhandwerk von der Pike auf. 1962 beendete er das Jusstudium mit dem Dokortitel, wurde Gerichtsschreiber und Sekretär verschiedener Gerichte. Später wurde Spühler Sekretär der kantonalen Baudirektion, dann Rechtskonsulent der Stadt Winterthur, bevor er 1987 Oberrichter und später dann Bundesrichter wurde.

Lob des Herkommens

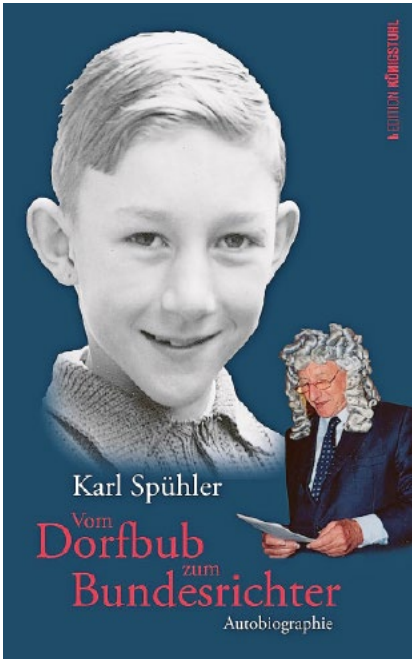
Karl Spühler erinnert sich an seine Jugend, «in diese Welt hineingeboren». Er beschreibt die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs, das bescheidene Leben

in der dörflichen Gemeinschaft. Dabei ist er fest verankert in der Familie. «Die Familie bildet das nachhaltige Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates», schliesst Spühler sein Büchlein. Für Karl Spühler war die Verantwortung für das Ganze immer entscheidend. So setzt er, der das schweizerische Rechtswesen lobt, einen klaren Gegensatz gegenüber dem Mainstream: «Nie darf zudem das Internationale trotz aller geistigen Offenheit überwiegen.» Dies stellt Spühler in seiner publizistischen Tätigkeit bis heute unter Beweis.

Verpflichtung zum breiten Volk

Seit Studienabschluss gehört Karl Spühler der SVP an. Er stellt der Partei noch immer sein mannigfaltiges Wissen und seine Erfahrung zur Verfügung. Die Partei bildete für ihn stets den Zugang zu Bauern, Handwerkern und der Unabhängigkeit und Freiheit verpflichteten Bürgern.

Dem Richter gefällt Selbstverantwortung und Arbeitsamkeit, Liebe zum Herkommen und die Schweiz als Heimat. «Direkte Demokratie und Unabhängigkeit sind die Zukunft unseres Landes», zeigt sich Spühler überzeugt.



Der Partei stellt Prof. Dr. Spühler noch immer sein mannigfaltiges Wissen und seine Erfahrung zur Verfügung.

Bild: Edition Königstuhl

Spühler, Karl. Vom Dorfbub zum Bundesrichter. Autobiographie. Zürich: Edition Königstuhl, 2024. Preis: 24 Franken.

FÜNFTE SCHIFFFAHRT MIT DER MS ETZEL

Informative Stunden mit den Nationalräten Steinemann und Rutz

Die bereits fünfte und somit letzte öffentliche Schifffahrt mit der MS Etzel auf dem Zürichsee, organisiert von der SVP Kanton Zürich und gesponsert von einem grosszügigen Gönner, war mit rund 45 Personen sehr gut besucht. Diese Schifffahrt stand ganz im Zeichen der Abstimmungsvorlagen vom 24. November 2024 und der Informationen, weshalb wir am Abstimmungssonntag vier Mal ein JA auf den Abstimmungszettel schreiben sollen.

Nach einer kurzen Begrüssung durch den kantonalen Parteisekretär Marco Calzimaglia informierte Nationalrat Gregor Rutz über die Gründe, weshalb das JA zum Ausbau der Nationalstrassen wichtig ist. Anschliessend übernahm Nationalrätin Barbara Steinemann das Wort und erläuterte die Argumente für ein doppeltes JA zu den beiden Mietrechtsinitiativen wie auch das JA für die EFAS-Vorlage, die eine einheitliche Finanzierung der Leistungen der ambulanten und stationären Behandlungen mit sich bringt. Nach den interessanten Ausführungen konnten sich die

Gäste mit Bratwurst, Brot und einem weiteren Getränk wieder stärken. Nach dem Imbiss folgte die ausführliche Frageunde an die beiden Referenten, die zahlreiche Fragen zu den Abstimmungsvorlagen, aber auch zu allgemeinen politischen Themen beantworten durften.

Natürlich kamen auch die persönlichen Gespräche untereinander nicht zu kurz. Das Schlusswort übernahm dann wieder der Parteisekretär. Dieses

war die letzte Schifffahrt für das Jahr 2024, welche all unseren Mitgliedern offenstand. Die November-Schifffahrt steht dann noch einmal den Neumitgliedern offen, die in den nächsten Tagen schriftlich dazu eingeladen werden. Wir freuen uns schon jetzt auf die Schifffahrten im nächsten Jahr. Nähere Angaben dazu finden Sie in «Der Zürcher Bote».

SVP Kanton Zürich



Nationalrat Gregor Rutz erläutert die Vorteile eines JA zum Nationalstrassenausbau.

Bild: SVP Kanton Zürich



Asylmissbrauch stoppen!

Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!



EINLADUNG ZUR METZGETE

Wann Samstag, 2. November 2024
ab 11.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Wo Gemeinschaftszentrum «grosser Saal»
In der Au 1, 8604 Volketswil

Wer SVP-Familie und andere Feinschmecker

Was Feine Blut- und Leberwürste, Wädli, Rippli, Speck, Wienerli, Sauerkraut, Kartoffeln und ein reichhaltiges Dessertbuffet

Die Metzgete ist der perfekte Anlass, um die herbstlichen Tage einzuläuten und in entspannter Atmosphäre politische und private interessante Gespräche zu führen. Der Vorstand freut sich auf deinen Besuch und auf ein gemütliches Zusammensein und dankt allen Mitgliedern für die Mitarbeit und Unterstützung.

Dejan Malcic
Präsident SVP Volketswil

Maria Rita Marty
Anlässe und Vize-Präsidentin



Ausflug ins Haus der Freiheit

Samstag, 16. November 2024

mit an Board: **Natalie Rickli**, Regierungspräsidentin Kanton Zürich
Tobias Weidmann, Fraktionspräsident ZH
Tom Schmid, Gemeindepräsident Dinhard

und mit ihnen auch aktuelle Informationen aus Zürich und der Gemeinde Dinhard

Programm: 10.30 Uhr Start mit dem Knöppel Car am Bahnhof Dinhard
12.00 Uhr Mittagsmenu im Haus der Freiheit:

«Toggenburger» Salat mit Bloderkäse, Äpfel und Nüssen
hausgemachter Hackbraten, Kräuterjus, Kartoffelstock, Gemüse
Saisondessert

CHF 42.- für Menu plus Getränk wird im Car Bar oder per TWINT eingezogen
oder Überweisung im Voraus auf:
CH25 0070 0355 3719 2989 2 lautend auf SVP Dinhard, 8474 Dinhard

ca. 15.00 Uhr retour in Dinhard

Die SVP Dinhard übernimmt die Carfahrt zu Toni Brunner und Esther Friedli und freuen uns auf einen unvergesslichen Ausflug mit Euch.

SVP Dinhard

Anmeldung bis 31. Oktober 2024, damit Du dabei bist

an Vize Rahel Fritschli, Seuzacherstr. 10d, 8474 Dinhard, rahel@fritschli.info

☐ Ja, ich/wir sind dabei am 16. November 2024

Name: Vorname:

Adresse:

Anzahl Personen:

Telefonnummer:

Email-Adresse:

Für eine Schweiz, die vorwärtskommt



24. Nov. 2024
JA Sicherung der Nationalstrassen

zusammen-vorwaertskommen.ch

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.



SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-bachenbuelach.ch](#).

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsi, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-uster.ch](#).

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website [www.jsvp-zh.ch](#).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 29. Oktober 2024, 19.00 Uhr, Abstimmungspodium, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, u.a. mit den Nationalräten

Barbara Steinemann und Benjamin Giezen-danner.

Bezirk Andelfingen/Andelfingen
Mittwoch, 13. November 2024, 19.00 Uhr, Standaktion, Andelfinger Markt, Andelfingen.

Bezirk Andelfingen/Buch am Irchel
Freitag, 15. November 2024, 17.30 Uhr, Besichtigung Kommandoposten der Grenzbri-gade 6, KP Bergbuck, Besammlung auf dem Parkplatz bei der Irchel-Halle, Buch am Irchel. Weitere Informationen und Anmeldung unter [sr@angst-gmbh.ch](#).

Bezirk Andelfingen/Stammheim
Sonntag, 3. November 2024, bis Montag, 4. November 2024, Standaktion, Stammer Markt, Oberstammheim.

Bezirk Bülach
Freitag, 1. November 2024, 19.30 Uhr, Herbst-fest, Mehrzweckhalle Steinboden, Eglisau. Anmeldung über den Sektionspräsidenten.

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 3. November 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühschoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil.

Bezirk Meilen
Samstag, 30. November 2024, 18.00 Uhr, Ad-ventsabend, Haus Wäckerling, Tramstrasse 55, Uetikon am See, mit Nationalrat Thomas Matter. Weitere Informationen und An-meldung unter [www.svpbezirkmeilen.ch](#).

Bezirk Meilen/Zumikon
Montag, 28. Oktober 2024, 19.00 Uhr, Ses-sionsrapport, Gemeindesaal, Cheminéeraum, Zumikon, mit den Nationalräten Nina Fehr Düsel und Gregor Rutz. Anmeldung unter [gerard.olivary@bluewin.ch](#).

Bezirk Uster/Greifensee
Samstag, 16. November 2024, 14.00 Uhr, Parteistammtisch, Restaurant Krone, Greifensee, mit Nationalrat Benjamin Fischer. Anmeldung unter [haese.frey@bluewin.ch](#).

Bezirk Uster/Uster
Samstag, 9. November 2024, 11.30 – 16.00 Uhr, Fondueplausch, Forsthaus Mühleholz, Haldenstrasse, Uster, mit Nationalrat Thomas Matter. Anmeldung unter [daniel.schnyder@svp-uster.ch](#).

Bezirk Uster/Volketswil
Samstag, 2. November 2024, 11.00 – 16.00 Uhr, Metzgete, Gemeinschaftszentrum, In der Au 1, Volketswil.

Bezirk Winterthur/Dinhard
Samstag, 16. November 2024, 10.30 – 15.00 Uhr, Ausflug ins Haus der Freiheit, Start mit dem Knöpfel Car am Bahnhof Dinhard, mit Regierungspräsidentin Natalie Rickli und Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionsprä-sident. Weitere Informationen und Anmel-dung unter [rahel@fritschi.info](#).

Bezirk Winterthur/Hagenbuch
Samstag, 9. November 2024, 18.00 Uhr, Ra-clette-Essen, im Schützenhaus Hagenbuch, mit Nationalrat Mauro Tuena. Kosten: 30 Franken, Apéro, Raclette à discrétion mit Beilagen und Dessert (ohne Getränke). Anmeldung bis 2. November 2024 an [rolfsturzenegger@hispeed.ch](#).

Stadt Zürich/Kreis 9
Dienstag, 29. Oktober 2024, 18.00 Uhr, Po-dium zu den Bilateralen, Siemens Schweiz, Freilagerstrasse 40, Zürich, u.a. mit Natio-nalrätin Nina Fehr Düsel.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 26. Oktober 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Freitag, 1. November 2024, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Restaurant Grünwald, Regensdorferstrasse 237, Zürich, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel.

Samstag, 2. November 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 9. November 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 16. November 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 25. Oktober 2024, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzenssee-strasse 15, Zürich-Affoltern, mit Verleger Dr. Markus Somm.

Samstag, 26. Oktober 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oer-likon.

Samstag, 9. November 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oer-likon.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 2. November 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 9. November 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 16. November 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich/West/City
Samstag, 2. November 2024, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, vor der Migros, Affol-tern am Albis.

Samstag, 9. November 2024, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oer-likon.

Samstag, 16. November 2024, 10.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Lindenplatz, Zürich-Alt-stetten.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 5. November 2024, 13.30 – 19.00 Uhr, Wirtschaftsforum Zürichsee, Gasthof Löwen, Seestrasse 595, Meilen, u.a. mit Referat von Nationalrätin Nina Fehr Düsel um 16.30 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.wirtschaftsforumzuerichsee.ch](#).

Dienstag, 26. November 2024, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kan-tons Zürich, Kulturhalle Glärnisch, Glärnisch-strasse 5, Wädenswil.

Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen folgen.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

ISSN 1660-6701
ISSN 2296-3480

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,6 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglie-der Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68.

Insertionspreise: [www.zbv.ch/inserate](#). **Abonne-mentsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Insertionspreise: [www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote](#). **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Tele-fon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, [inserate@svp-zuerich.ch](#). **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** [veranstaltungen@svp-zuerich.ch](#) **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Ein Glas Wein mit der SVP Zumikon

und unseren Nationalräten
Nina Fehr Düsel und
Gregor Rutz



Die SVP Zumikon lädt alle zum gemütlichen Sessionsrapport am Cheminéefeuer ein. **Getränke** sind offeriert.

Ort: Cheminéeraum, Gemeindesaal Zumikon

Datum: 28. Oktober 2024 ab 19:00 Uhr

Anmeldung: [gerard.olivary@bluewin.ch](#)

Die SVP und ihre Behördenvertreter freuen sich auf gute Gespräche und ein gemütliches Zusammensein!

Danke für ihre finanzielle Unterstützung!
SVP Zumikon
8126 Zumikon
CH44 0070 0110 0012 8002 5
Zürcher Kantonalbank
[www.svp-zumikon.ch](#)





SO STIMMEN SIE RICHTIG !

Volksabstimmung vom 24. November 2024

Eidgenössische Vorlagen

1. Bundesbeschluss vom 29. September 2023 über den Ausbauschnitt 2023 für die Nationalstrassen	JA
2. Änderung vom 29. September 2023 des Obliga-tionenrechts (Mietrecht: Untermiete)	JA
3. Änderung vom 29. September 2023 des Obliga-tionenrechts (Mietrecht: Kündigung wegen Eigenbedarfs)	JA
4. Änderung vom 22. Dezember 2023 des Bundes-gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Einheitliche Finanzierung der Leistungen)	JA

Vorlagen Stadt Zürich

1. Gegenvorschläge zur Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen für Zürich»	
A. Direkter Gegenvorschlag (Änderung der Gemeinde-ordnung)	NEIN
B. Indirekter Gegenvorschlag (Übertragung Vermö-genswerte von 300 Millionen Franken zur Aufsto-ckung der Stiftungskapitalien der vier städtischen Wohnbaustiftungen)	NEIN
2. Volksinitiative «Tschüss Genderstern!»	JA
3. Privater Gestaltungsplan «Areal VZA1», UBS-Gebäu-de in Altstetten (Volksreferendum)	JA
4. Abgangsleistungen an Behördenmitglieder, Ände-rung der Verordnung über Abgangsleistungen für Behördenmitglieder und der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Perso-nalrecht) (Volksreferendum)	NEIN
5. Ersatzneubau Rathausbrücke, Ausgaben von 58,345 Millionen Franken	NEIN